

Düsseldorf, 08.04.2025

Volksfeste in NRW: Sicherheit und Freiheit vereinbar machen

Kommunen in Sorge um die Zukunft von Brauchtumspflege und Großveranstaltungen

Städte und Gemeinden sehen sich vor dem Start der Volksfestsaison mit wachsenden organisatorischen Herausforderungen durch immer höhere Sicherheitsauflagen konfrontiert. "Erste Veranstaltungen wurden schon abgesagt oder in reduziertem Umfang durchgeführt, weil es unmöglich war, die Auflagen zu erfüllen. Das kann nicht die Lösung sein", sagte Christof Sommer, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds NRW, am Rande einer Sitzung des Verbandsausschusses für Recht-, Personal- und Organisation.

"Allumfassende Sicherheit kann es bei einem Besuch von Großveranstaltungen nie geben", so Sommer. "Wer auch in Zukunft das Feiern von beliebten Festen in den Städten und Gemeinden ermöglichen will, muss immer eine gute Balance zwischen dem berechtigten Anspruch auf Sicherheit und den Risiken eines Lebens in Freiheit finden." Diese Verhältnismäßigkeit müsse sich auch in den Sicherheitskonzepten widerspiegeln. "Dazu ist Augenmaß und die Zusammenarbeit aller Beteiligten erforderlich", ergänzte Sommer.

Bürgerinnen und Bürger müssten vor vermeidbaren Risiken geschützt werden, unterstrich auch der Ausschussvorsitzende Claus Jacobi, Bürgermeister der Stadt Gevelsberg: "Die Veranstalter, Städte und Gemeinden tun ihr Möglichstes, um Sicherheit zu schaffen. Allerdings wird es hundertprozentige Sicherheit selbst bei bester Vorbereitung nie geben."

Zunehmend strenge Vorgaben für Sicherheitskonzepte bewirken, dass die Kommunen in NRW massive personelle und technische Ressourcen aufwenden müssen. "Größere Veranstaltungen müssen bereits jetzt bis ins letzte Detail geplant, genehmigt und nachbereitet werden. Durch immer schärfere Auflagen erhöht sich die Aufgabenlast der Veranstalter und Kommunen enorm, das hören wir überall." Eine zusätzliche Hürde seien die Finanzen. "Je aufwändiger die Sicherheitsvorkehrungen, desto höher die Kosten", betonte Jacobi.

"Überzogene Sicherheitsauflagen dürfen nicht dazu führen, dass ehrenamtliches Engagement vor Ort zum Erliegen kommt. Volksfeste, Jahrmärkte, Schützenfeste, Karnevals- und Martinsumzüge prägen unser gemeinschaftliches Zusammenleben und sind Teil einer lebendigen Brauchtumspflege. Damit das so bleibt, brauchen wir den Einklang von Sicherheit und Freiheit", stellte Jacobi fest.